

BUNDESWEHR

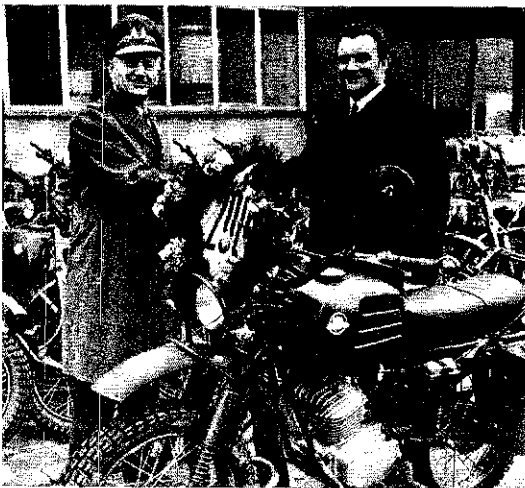
MOTORRÄDER

Hei, wie das hallt

Kradmelder müssen gute Geländefahrer sein“, warb Deutschlands Bundeswehr im „Bundeswehr-Bildkalender 1971“ für ihre Motorradfahrer-Laufbahn, die Fahrer müßten „mit ihren flinken Maschinen jedes Gelände nehmen können“.

In Wahrheit aber müssen, sollen und können die Bundeswehr-Kradmelder das alles überhaupt nicht.

Denn im Gegensatz zu den Vorstellungen der Bundeswehr-Werber über die Aufgaben eines militärischen Kradfahrers verkündete der „Informations- und Pressestab“ des Verteidigungsministeriums vor kurzem, es sei eher „empfehlenswert, nicht mehr über Stock und Stein querfeldein zu



Neues Bundeswehr-Krad „Military“
„Zu schwer, zu kompliziert, zu laut“

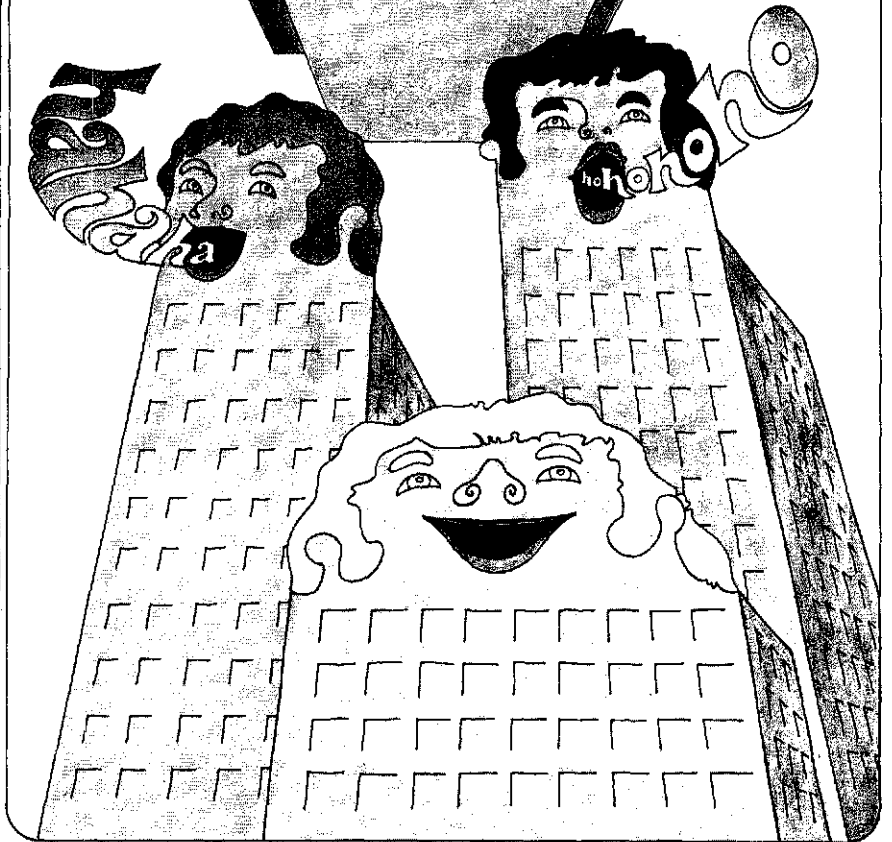
fahren, sondern schnelle, wenn auch längere, gut befahrbare Wege zu benutzen“. Eine „Forderung nach möglichem, extremem Einsatz unter schwersten Bedingungen“ lasse sich „weder vom Fahrermaterial, das... zur Verfügung steht“, noch vom zu erwartenden „Einsatz“ her rechtfertigen.

Mit dieser strategischen Kehrtwendung suchte Deutschlands größter Motorradverkäufer einen schlimmen Vorwurf des Stuttgarter Fachblattes „Das Motorrad“ zu parieren: Die zivilen Motorradtester bescheinigten den Militärs, sie hätten mit einem erst seit wenigen Monaten an die Truppe ausgelieferten neuen Motorrad ein für Militärzwecke nicht voll geeignetes Fahrzeug beschafft. Nach einer ausgiebigen Testprozedur befand die Zeitschrift: „Ein normales, bedingt geländetaugliches Motorrad“. Als Verwendung komme ehestens „militärischer Einsatz im Hinterland“ in Frage.

Der Vorwurf galt einem Gefährt, das unter dem anspruchsvollen Namen

* Hercules-Geschäftsführer Brunner (r.) bei der Übergabe des 2900. Krads an Brigadegeneral Klennert.

Lachende Dächer



Hoch oben lachen die Wetterfesten mit den Dächern um die Wette!

Qualmende Essen – Ruß – Abgase – Seeklima – Flugsand bei Windstärke 10 – Salzwasser – auslaugendes Schneewasser – UV-Licht – sengende Tropensonne.

Den Wetterfesten macht das nichts aus! Sie trotzen allen Angriffen des nassen Elements. In allen Klimazonen der Welt. Und lachen sich eins. Lachen um die Wette mit den Dächern, die sie schützen!

Schildkröt macht Dächer wetterfest!



Schildkröt AG

6800 Mannheim 24 · Postfach 163/164 · Telefon 06 21/4 8011 · Telex 04-62251

ERZIEHUNG

KONFESSIONSSCHULE

Geld statt Teufel

Wenn die Gemeinschaftsschule eingeführt wird, so fürchtete noch vor vier Jahren der Kaplan Georg Göser zu Bad Waldsee im Südwürttembergischen, „lacht der Teufel.“

Die Gemeinschaftsschule wurde eingeführt, doch der Teufel hat keinen Grund zur Heiterkeit. Denn inzwischen hat das Moorheilbad auch wieder eine — nunmehr private — Konfessionsschule. Deren Träger, das Freie Katholische Schulwerk Bad Waldsee e. V., nannte auch die Pädagogik, mit der an dieser Bildungsstätte dem Leibhaftigen der Frohsinn ausgetrieben wird: „die Ganzheitserziehung der Kinder, d. h. in unserem Falle die Erziehung in allen Unterrichtsfächern

Auch die SPD-Landtagsfraktion beklagte in einer parlamentarischen Anfrage „ein die Öffentlichkeit beunruhigendes Wettbewerbsverhältnis“ zwischen den privaten Konfessionsschulen und den öffentlichen Schulen.

Die Schuld an dieser Misere trifft nicht zuletzt die Südwest-SPD. Denn gemeinsam mit ihrem christdemokratischen Koalitionspartner hatte sie Anfang 1967 den nun kritisierten Wettbewerb gesetzlich ermöglicht.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es im überwiegend katholisch besiedelten Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern, im Unterschied zu den anderen Landesteilen, fast nur Konfessionsschulen. Diese Eigentümlichkeit ihrer Wähler-Hochburg hatte die CDU 1953 sogar in die Verfassung des neuen, größeren Bundeslandes Baden-Württemberg hinübergerettet. SPD und FDP, beide Verfechter der christlichen Gemeinschaftsschule, konnten

„Military“ von den Nürnberger Hercules-Werken nach den Spezifikationen der Bundeswehr entwickelt wurde. Die „Military“ sollte im Ernstfall ein „unverwundliches Zweckgerät“, im Frieden ein vollwertiges Straßen-Krad sein und zugleich dem Preis nach einem zivilen Serienfahrzeug entsprechen — laut „Military“-Konstrukteur Richard Heydenreich „ein Widerspruch in sich“, der „jede Optimallösung zunichte“ machte. Überdies sollte das Fahrzeug ungewöhnlich klettern, schnell fahren, gewaltige Lasten schleppen können, dabei aber möglichst leichtgewichtig sein.

Resultat war ein Motorrad mit einem 125-ccm-Zweitaktmotor (12,5 PS; 94,3 km/h), Doppelsitzbank und Packtasche, das als Zivil-Krad 2450 Mark kostet und in 16 000 Exemplaren an die Bundeswehr geliefert werden soll — über 3000 Stück sind derzeit schon in Dienst gestellt.

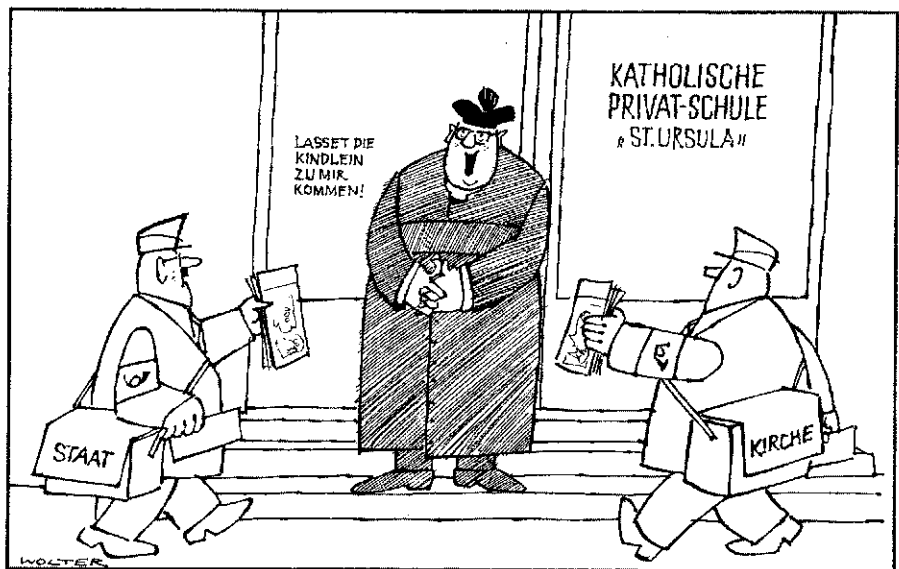
Die neue „Military“ geriet mit einem Leergewicht von 130 Kilogramm offenkundig zu schwer und erwies sich beim Test der Stuttgarter Zeitschrift als zu kompliziert. „Motorrad“-Cheftester Ernst Leverkus, ein erfahrener Weltkrieg-II-Kradmelder, fuhr mit dem „Military“-Krad „quer über Äcker, durch verschneiten und verwehten Wald, über Rillenwege und durch Steinbrüche“. Der Prüfer befand, die Fahreigenschaften seien im Gelände ungenügend für Ungeübte, der Motor zu laut: „Hei, wie das durch den Wald hallt und den Weg des Fahrers ... verrät!“ Wer im Schlamm steckenbleibe, sei ohne fremde Hilfe verloren, denn „das trägt ein Mann allein nicht“.

Leverkus entdeckte eine Fülle verhängnisvoller Detailschwächen: Er vermißte etwa Knebel (an wichtigen Verschraubungen) und Reservezüge; wichtige Teile wie Vergaser, Antriebskette und Batterie seien ungeschützt; die karge 6-Volt-Elektroanlage und 25-Watt-Birnen spenden „Funzellicht“. Fazit: „Eine ‚Military‘-Maschine nach unseren Vorstellungen ist diese Hercules nicht.“

Im Verteidigungsministerium freilich gelten nach der neuen Krad-Strategie solche Vorstellungen als „falsch und überholt“. Verbesserte Kommunikationsmittel hätten „den Kradmelder entbehrlicher“ gemacht. Krad-Einsatz käme vornehmlich „als Fortbewegungsmittel auf verstopften Straßen“ in Frage, „wobei auch kurzzeitig abseits der Straße“ gefahren werden müsse.

Doch selbst unter höheren Bundeswehr-Chargen galt von jeher als ausgemacht, daß die Heeresmotorräder „dem Entwicklungsstand moderner Geländesportmaschinen“ angepaßt sein sollten, wie Krad-Kenner Hasso Erb, Oberstleutnant im Führungsstab des Heeres, in einer Motorrad-Expertise befand. Erb: „Auf das Melder- und Kurierkraf sei „bei Ausfall aller Drahtverbindungen, bei gestörtem und verbotenen Funkverkehr, bei zerstörten und verstopften Straßen, bei Flugunmöglichkeit für Hubschrauber ... gar nicht mehr zu verzichten“.

Es fragt sich freilich, was der motorisierte Bote in derart desolater Lage noch zu melden hat.



„Wem Gott will rechte Gunst erweisen, dem schickt er von zwei Seiten Geld ...“

aus einem einheitlichen christlich-katholischen Geist heraus“.

Solcher Geist wird derzeit noch an fünf anderen Orten Südwürttembergs insgesamt mehr als 2000 Grund- und Hauptschülern verabreicht: in Ravensburg-Weingarten und Reutlingen, in Spaichingen, Rottenburg und Rottweil.

Weitere Bekenntnisschulen sind geplant, die Schülerzahl steigt kontinuierlich. Und zufrieden sprach der Leiter des Schulamts beim katholischen Schulwerk Baden-Württemberg in Rottenburg, Gieselher Hauptmann, von einer „stürmischen Entwicklung“.

Die Elternbeiräte der drei Volksschulen in Weingarten stimmt diese Entwicklung eher neidisch und verdrießlich. Sie beschwerten sich beim Kultusministerium in Stuttgart, weil sich die Bildungschancen an diesen staatlichen und armen Gemeinschaftsschulen keineswegs mit den Möglichkeiten der privaten und reichen katholischen Oberschwabenschule am Ort vergleichen lassen.

sich mangels Zweidrittel-Mehrheit nicht durchsetzen.

Nach Kiesingers Abgang ins Bonner Kanzleramt Ende 1966 gerieten die Stuttgarter Christdemokraten, zuvor mit der FDP liiert, jedoch unversehens in Gefahr, einer SPD/FDP-Koalition das Feld überlassen zu müssen. In dieser Not schwor Kiesinger-Nachfolger Hans Filbinger, obgleich strenger Katholik, der Bekenntnisschule ab und ging mit den Sozialdemokraten.

Schwarze und Rote machten die christliche Gemeinschaftsschule zur Regelschule im ganzen Land. Für Südwürttemberg-Hohenzollern bedeutete das die Umwandlung von nahezu tausend überwiegend katholischen Konfessionsschulen.

Trotz dieser Radikalkur des Schulwesens im Ländle zwischen Schwarzwald, Bodensee und Allgäu war die katholische Kirche nur scheinbar unterlegen. Denn das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung offerierte zugleich die Möglichkeit, öffentliche Volksschulen in Südwürttemberg-Hohenzollern, die am 31. März 1966 als